

23.09.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/7750

**Wohlstand mit Anstand –
Faire Lieferketten und nachhaltige öffentliche Beschaffung auch in NRW**

Berichterstatter

Abgeordneter Stefan Engstfeld

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 18/7750 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 20.09.2024/Ausgegeben: 24.09.2024

A Allgemeines

Der Antrag, Drucksache 18/7750, wurde durch das Plenum am 24. Januar 2024 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales, den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie und den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses im Plenum erfolgen.

Mit dem Antrag sollen bei der öffentlichen Auftragsvergabe in Nordrhein-Westfalen die Menschenrechts-, Umwelt- und Klimastandards verpflichtend eingeführt werden, ohne dass zusätzlicher bürokratischer Aufwand entstehe. Nicht das günstigste Angebot solle den Zuschlag erhalten, sondern dasjenige, welches ausreichend hohe Nachhaltigkeitskriterien bzw. Sorgfaltspflichten in den eigenen Lieferketten erfülle. Ein qualitativ hochwertiges, kohärentes System an Mindestanforderungen – einschließlich einer verpflichtenden Tarifbindung – solle etabliert werden.

Ferner solle eine eigene Beratungsstruktur für nachhaltige Beschaffung aufgebaut werden, um Land, Kommunen, kommunale Unternehmen und weitere Akteure zu beraten und darin zu unterstützen, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit ihrer Lieferketten effektiv zu stärken. Auch solle es Unterstützungsstrukturen dafür geben, die Umsetzungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten fairer Vergabeaufträge zu steigern.

B Beratung

Der Ausschuss für Europa und Internationales hat den Antrag erstmalig in seiner Sitzung am 23. Februar 2024 aufgerufen. Am 14. Juni 2024 wurde im federführenden Ausschuss eine Anhörung zu diesem Antrag durchgeführt. Die mitberatenden Ausschüsse waren an der Anhörung nachrichtlich beteiligt.

Zur Anhörung lagen die folgenden Stellungnahmen vor bzw. wurden die folgenden Sachverständigen angehört:

Urheber/in	Stellungnahme
Handwerk.NRW Düsseldorf	18/1527
SÜDWIND e.V. Bonn	18/1536 (Neudruck)
Christliche Initiative Romero e.V. (CIR) Münster	18/1545
IHK NRW Düsseldorf	18/1546
FEMNET e.V. Bonn	18/1547

Urheber/in	Stellungnahme
unternehmer.nrw Düsseldorf	18/1554
Katja Gnittke Fachanwältin für Vergaberecht Berlin	keine

Die Anhörung ist im Ausschussprotokoll 18/603 dokumentiert.

In der Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 20. September 2024 erfolgte die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung mit Abstimmung.

Die Fraktion der SPD führte u.a. zu ihrem Antrag aus: Eine Wettbewerbsfähigkeit solle nicht mit einer profitgetriebenen Ausbeutung von Menschen (Kinderarbeit), Umwelt und Klima einhergehen. Es ginge bei der öffentlichen Beschaffung um das „Wie“. Eine Vergabe von Aufträgen solle für alle Unternehmen attraktiv sein, auch für Start-ups. NRW habe als bevölkerungsreichstes Bundesland eine Vorbildfunktion bei der Vergabe und einer nachhaltigen Beschaffung mit fairen Lieferketten.

Die Fraktion der CDU stellte fest, dass Ziele, wie z.B. „Sozialstandards“ oder „keine Kinderarbeit“ wichtig seien. Gleichwohl sei man der Ansicht, dass man die Unternehmen nicht mit weiteren Regulierungen belasten solle.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, dass bereits auf europäischer Ebene Richtlinien entwickelt worden seien und es wichtig sei, dass die Bundesebene diese unterstütze. Die Fraktion forderte die antragstellende Fraktion auf, dementsprechend auf die Bundesebene einzuwirken

Die Fraktion der FDP stimmte der Meinung der Fraktion der CDU zu: Sie teile auch die grundsätzlichen Ziele des Antrags, jedoch solle man nicht noch den bürokratischen Aufwand erhöhen.

Für die Landesregierung betont Staatssekretär Dr. Speich, dass das verfolgte Ziel des Antrags kein Thema der Zukunft, sondern bereits ein Gegenwartsthema sei.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll 18/675 verwiesen.

Die drei mitberatenden Ausschüsse empfahlen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD eine Ablehnung des Antrags, Drucksache 18/7750.

Bei der Abstimmung im Ausschuss für Europa und Internationales am 20. September 2024 wurde der Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Europa und Internationales empfiehlt, den Antrag, Drucksache 18/7750, abzulehnen.

Stefan Engstfeld
Vorsitz